

Kassen und Leistungserbringer sind keine Betreiber



von RA Jörg Hackstein, Kanzlei Schütze & Hartmann/Dortmund

Das BVerwG hat am 16.12.2003 (Az. 3C 47.02) über die Frage der Betreiber-eigenschaft der Krankenkassen entschieden. Das wundersame Urteil wurde jüngst veröffentlicht. In dem Verfahren ging es um die Frage, ob eine Krankenkasse Betreiber im Sinne des MPG und somit zur Führung eines Bestandsverzeichnisses verpflichtet ist.

Das BVerwG hat entschieden, dass Krankenkassen keine Betreiber im Sinne des MPG sind, auch wenn sie ihren Versicherten Hilfsmittel in großem Umfang leihweise zur Verfügung stellen und Eigentümer bleiben. Damit hat das BVerwG die vorinstanzliche Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts bestätigt.

Besonders hervorzuheben sind neben diesen an sich schon bemerkenswerten Feststellungen die weitergehenden Ausführungen des BVerwG zur Frage, ob denn, soweit die Krankenkasse nicht Betreiber im Sinne des MPG ist, möglicherweise der Leistungserbringer als Betreiber zu qualifizieren sei. Diese Frage hat das Gericht ebenfalls verneint und ausgeführt, dass der Leistungserbringer im Falle der

Das Gericht stellt zur Begründung seiner Entscheidung, wer Betreiber im Sinne des MPG ist, entscheidend und ausschließlich auf die tatsächliche Sachherrschaft ab. Die rechtliche Herrschaft, wie also z. B. das Eigentum an einem Hilfsmittel, spielt danach keine Rolle.

Entscheidend ist nach Auffassung des BVerwG allein der Wortsinn des Begriffes „Betreiber“. Dies sei also z. B. derjenige, der die Arbeit einer Maschine selbst oder durch Mitarbeiter steuert, an- und abstellt und überwacht. Es kommt daher immer auf die tatsächliche Sachherrschaft an. Das SGB V geht im Regelfall davon aus, dass die Krankenkasse das Hilfsmittel dem Versicherten als Eigentum überlässt. Dann steht es außer Frage, dass die Krankenkasse nicht Betreiber ist.

Nichts anderes kann nach den Ausführungen des BVerwG gelten, wenn die Krankenkasse die Hilfsmittel leihweise an die Versicherten abgibt. Für die Dauer der Verwendung hat alleine der Versicherte die Entscheidung über Art und Umfang des Gebrauchs, so dass die Krankenkasse nicht Betreiber sein kann.

Diese Gedanken gelten entsprechend auch für den Leistungserbringer, der im Verhältnis zum Versicherten

Pflichten der Krankenkasse wahrnimmt. Damit fehlt auch dem Leistungserbringer nach den Feststellungen des BVerwG die tatsächliche Sachherrschaft, weshalb er ebenfalls nicht als Betreiber im Sinne des MPG zu qualifizieren ist.

Die Begründung des BVerwG hat nicht nur für die Krankenkassen, sondern auch für die Leistungserbringer deutliche Konsequenzen. Unabhängig von der Frage, ob ein Hilfsmittel im Wege der Eigentumsüberlassung, Leihe, Fallpauschalenversorgung oder auf einem anderen

Weg dem Versicherten zur Verfügung gestellt wird, haben weder Krankenkasse noch Leistungserbringer die tatsächliche Sachherrschaft. Nach der Definition des BVerwG hat diese alleine der Versicherte während der Verwendung des Hilfsmittels.

Wenn jedoch der Leistungserbringer bei der Abgabe von Hilfsmitteln nicht Betreiber im Sinne des Gesetzes ist, treffen ihn auch nicht die entsprechenden Verpflichtungen aus dem MPG, wie z. B. das Führen eines Bestandsverzeichnisses.

Dadurch werden jedoch weder Krankenkasse noch Leistungserbringer von ihren Verpflichtungen befreit, die sich aus dem SGB V oder anderen Gewährleistungsnormen ergeben. Die Verpflichtung zur Reparatur oder Instandhaltung besteht z. B. weiter.

In Kassenverträgen ist zum Teil geregelt, dass der Leistungserbringer Betreiber im Sinne des MPG ist. Die Krankenkassen haben damit versucht, im rechtsgeschäftlichen Wege die Betreiberverantwortung dem Leistungserbringer aufzuerlegen. Auch wenn bereits in der Vergangenheit fraglich war, ob die Kasse eine sich aus dem Gesetz ergebende Verpflichtung auf einen Dritten übertragen konnte, kann es jetzt hierauf nicht mehr ankommen. Auf Grund der eindeutigen Definition des BVerwG ist auch der Leistungserbringer nicht Betreiber im Sinne des MPG, so dass damit entsprechenden vertraglichen Regelungen die Geschäftsgrundlage fehlt. Auch durch eine vertragliche Regelung kann der Leistungserbringer in den genannten Fällen nicht zum Betreiber gemacht werden.

Das Urteil ist im Volltext unter www.schuetze-hartmann.de im Bereich Rechtsinfo aktuell abrufbar. JK

Wer Betreiber im Sinne des MPG ist, entscheidet ausschließlich die tatsächliche Sachherrschaft.

Überlassung von Medizinprodukten im Wege der Leihe ebenfalls nicht über die für die Betreibereigenschaft notwendige tatsächliche Sachherrschaft verfügt.

Festzuhalten ist daher, dass zumindest bei der leihweisen Zurverfügungstellung von Hilfsmitteln weder Krankenkasse noch Leistungserbringer Betreiber im Sinne des MPG sind.